

Der NATO-Generalsekretär konnte Fortschritte vermelden. Immerhin acht der 29 Mitgliedsstaaten hätten das Ziel, mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben, in diesem Jahr bereits erfüllt, teilte Jens Stoltenberg am Mittwoch beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel offiziell mit. Setze sich die Entwicklung fort, dann könne man bis 2024 mit wenigstens 15 wie gewünscht aufrüstenden NATO-Staaten rechnen. »Wir bewegen uns in die richtige Richtung«, lobte der Generalsekretär. Gerade erst hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mitgeteilt, er werde den Militärhaushalt seines Landes in diesem Jahr um 1,8 Milliarden Euro auf 34,2 Milliarden erhöhen, dann in ähnlicher Größenordnung fortfahren und ab 2023 noch einmal zulegen, um 2025 das NATO-Ziel offiziell zu erreichen. Das kleine Litauen hatte seinen Wehretat von 322 Millionen Euro im Jahr 2014 bereits auf 873 Millionen aufgestockt und damit fast verdreifacht. Und in Deutschland hatte die große Koalition in spe immerhin mitgeteilt, die Mittel für die Bundeswehr von 38,5 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 42,4 Milliarden im Jahr 2021 anzuheben. »Ich freue mich auf noch größere Fortschritte in den kommenden Jahren«, teilte Stoltenberg mit.

Steigende Wehretats

Die Aufrüstung in der NATO und in ihren Mitgliedsstaaten läuft auf vollen Touren – und das nicht erst, seit US-Präsident Donald Trump mit der ihm eigenen Penetranz auf die strikte Einhaltung des 2014 beschlossenen Zwei-Prozent-Ziels dringt. Tatsächlich werden die Wehretats der europäischen NATO-Mitglieder und Kanadas schon seit dem Beginn der Eskalation des Konflikts mit Russland deutlich erhöht. Lagen sie 2014 – ein Ergebnis der Planungen des Jahres 2013 – noch 0,96 Prozent unter dem Vorjahreswert, so stiegen sie 2015 bereits um 1,84 Prozent, wuchsen 2016 erneut um 3,08 und 2017 um weitere 5,01 Prozent. Mit der quantitativen ist zudem eine qualitative Veränderung bei der Aufrüstung zu erkennen. Beispiel Deutschland: Wurde die Bundeswehr im Rahmen der Neuausrichtung des Jahres 2011 auf Interventionen und Besatzungstätigkeiten in fernen Ländern fokussiert, so gewinnt seit 2014 die Vorbereitung auf mögliche Kriege gegen die Streitkräfte großer Mächte wieder an Bedeutung. »Das Sicherheitsumfeld hat sich seit dem Krisenjahr 2014 deutlich verändert«, erklärte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Februar 2015, um die ersten Kurskorrekturen in der Aufrüstung zu begründen. In Kürze sollen – wegen der Bundestagswahl mehr als ein halbes Jahr verspätet – eine neue »Konzeption der Bundeswehr« sowie ein neues »Fähigkeitsprofil« der deutschen Streitkräfte veröffentlicht werden. Sie werden den Rahmen für die Aufrüstung der nächsten Jahre abstecken.

Die erste große Einzelmaßnahme im Rüstungsbereich, die einer breiteren Öffentlichkeit die militärpolitische Kehrtwende der Bundesregierung vor Augen geführt hat, ist die Entscheidung der Verteidigungsministerin vom April 2015 gewesen, die Zahl der Kampfpanzer wieder aufzustocken. Diese fiel, als die Bundeswehr ihre »Leopard 2«-Bestände schon beinahe auf die 2011 beschlossene Obergrenze von 225 Stück abgerüstet hatte; auf diese Zahl hatte man sich geeinigt, weil – das hatten Erfahrungen aus dem Kosovo und aus Afghanistan gezeigt – Kampfpanzer bei der Besetzung ferner Länder und bei der Aufstandsbeämpfung in eher geringem Maße benötigt wurden. 2014 rückten für die Bundeswehr aber wieder Kriege gegen Streitkräfte mächtiger Staaten in den Blick; also erhöhte von der Leyen die Stückzahl der Kampfpanzer – auf 328 Exemplare. Die Beschaffung und die Modernisierung der fehlenden »Leopard 2« sind zur Zeit im Gange; die letzten von ihnen sollen 2023 ausgeliefert werden. Dann wird die vergrößerte Panzertruppe in vollem Umfang einsatzbereit sein.

Das bedeutet keinesfalls, dass die Bundeswehr damit am Ziel ihrer Wünsche angekommen wäre. Russland beginnt gerade, seine Armee mit der nächsten Generation von Kampfpanzern auszustatten; sein »T-14 Armata« ist leichter und deshalb beweglicher, außerdem schussstärker und besser gepanzert als der »Leopard 2«. Berlin strebt nun gleichfalls eine Neuentwicklung an. KNDS, ein Zusammenschluss der Panzerschmieden Krauss-Maffei Wegmann (Deutschland) und Nexter Defense

Fit für den Krieg

Die NATO-Staaten rüsten kräftig auf, nicht zuletzt die Bundesrepublik – sie sieht sich als Führungsmacht. Der Feind steht im Osten und heißt Russland.

Von Jörg Kronauer



Die Bundeswehr rüstet auf. Mehr Panzer, mehr Kriegsschiffe, mehr Flugzeuge und Drohnen. Kriegsmন্ত্রী Ursula von der Leyen (CDU) im afghanischen Masar-i-Sch

Systems (Frankreich), könnte mit einem eigenen futuristischen Kampfpanzer (Main Ground Combat System, MGCS) nachziehen. Eine Entscheidung darüber wird ab der zweiten Hälfte dieses Jahres erwartet. Dabei ist das Thema auch in anderer Hinsicht noch längst nicht ausdiskutiert. So sind sich Berliner Militärstrategen keineswegs einig darüber, welche Bedeutung Kampfpanzer auf den Schlachtfeldern der Zukunft noch haben werden. Ein Thesenpapier aus der Führung des Deutschen Heeres legt die Vermutung nahe, schlachtentscheidend könnten perspektivisch weder ein künftiges MGCS noch der »T-14 Armata« sein, sondern zum einen Waffen mit großer Reichweite wie Schiffskanonen oder Marschflugkörper, zum anderen unbemannte Luftfahrzeuge (Unmanned Aerial Vehicles, UAV), die fähig sind, flächendeckend Panzerminen zu verlegen und schwerfällige Kampfpanzer damit ebenso flächendeckend auszuschalten. Die Diskussion darüber, welche Folgen sich aus solchen Szenarien für die künftige Rolle von Kampfpanzern ergeben, ist unter Militärs in vollem Gange.

Bewaffnete Drohnen

Die Bedeutung von UAVs, aber auch unbemannter Landfahrzeuge sowie von Unterwasserdrohnen wird in Zukunft wohl rasch weiter zunehmen. Dabei rüstet die Bundeswehr hier schon seit Jahren stark auf. Bereits im Sommer 2016 bezifferte das Verteidigungsministerium den Drohnenbestand

der Streitkräfte auf exakt 567 Stück; mittlerweile schätzen Beobachter ihn auf rund 800. Dazu zählen verschiedenste Modelle von den gerade einmal 3,2 Kilogramm schweren, von Hand gesteuerten »Aladin«-Drohnen, die eine Reichweite von nur wenigen Kilometern haben und vom Heer zu Aufklärungszwecken genutzt werden, über die je nach Typ 40 oder 90 Kilogramm schweren »Luna«-Fluggeräte mit einer Reichweite von mehr als 100 Kilometern bis zu den tonnenschweren, von Israel geleasteten »Heron 1«, die seit 2010 in Afghanistan und seit 2016 in Mali genutzt werden. Airbus sowie die Konzerne Dassault Aviation (Frankreich) und Leonardo (Italien) sind zudem dabei, eine eigene »europäische« Drohne zu entwickeln, die – wie die »Heron 1« – grundsätzlich bewaffnet werden kann; ab 2025 soll sie zur Verfügung stehen. Laut Koalitionsvertrag hat die große Koalition in spe die Beschaffung bewaffneter Drohnen fest im Blick, will jedoch vorab »die konzeptionellen Grundlagen für deren Einsatz« klären und zudem den Bundestag damit befassen. Um Kritikern von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen, heißt es in dem Dokument: »Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch ab, auch durch Drohnen.« Dass dies eigens betont werden muss, spricht Bände.

UAV spielen in den Planungen deutscher Militärstrategen zunehmend auch in Form von Drohnenverbänden eine wichtige Rolle. Diese können Aufklärung betreiben, sollen daneben aber auch die feindliche Luftabwehr irreführen, etwa,

indem sie mit elektronischen Signalen vortäuschen, sie seien eine riesige Zahl an Kampfhubschraubern; damit soll die Luftabwehr überfordert und lahmgelegt werden. Wie sich solche Szenarien auf traditionelles Kriegsgerät auswirken, zeigt sich etwa an aktuellen Konzeptionen für künftige Kampfflugzeuge. Der altgediente »Tornado«, der schon 1974 zu seinem Erstflug abhob, hat so langsam ausgedient; ab 2025 soll er abgelöst werden. Die Luftwaffe würde gern die US-amerikanische »F-35« beschaffen, einen von Lockheed Martin produzierten Kampfflugzeug der modernsten Generation; das lehnt das Verteidigungsministerium jedoch ab. Der Grund: In Berlin setzt man – ganz wie bei Kampfdrohnen und anderem Kriegsgerät – konsequent auf eine europäische Eigenproduktion. Airbus hat inzwischen erste Konzepte für ein Flugzeug entwickelt, das künftig mit der »F-35« gleichziehen soll. Es werde in der Lage sein, hieß es in einer Mitarbeiterzeitschrift des Konzerns, »im Verbund mit Begleitdrohnen (zu) fliegen, die es schützen und als Sensoren dienen«; zudem solle es über IT mit Aufklärungssatelliten sowie mit anderen Fliegern verbunden sein. Die Planungen laufen; der Kampfflug soll als deutsch-französisches Projekt entwickelt werden. Vor 2040 wird allerdings kaum mit ihm zu rechnen sein. Die Luftwaffe hat deshalb – so will es Berlin – eine Ersatzlösung für das Problem mit dem alternden »Tornado« in die Wege geleitet und begonnen, den eigentlich für den Luftkampf



harif (23.12.2013)

gebauten »Eurofighter« teilweise als Bomber umzurüsten. Erste Tests wurden im vergangenen Jahr in Schweden durchgeführt.

Zu den europäischen Eigenproduktionen, die Berlin schon seit Jahren auf Trab haben, gehört der »Airbus A400M«. Der Transportflieger soll eigentlich die alternativen Transporter der Bundeswehr und weiterer europäischer NATO-Staaten ersetzen, darunter vor allem die deutsch-französische »Transall C-160«, aber auch die US-amerikanische »C-130« von Lockheed Martin. Das stolz als weltweit modernster Militärtransporter gepriesene Flugzeug hat sich allerdings als gigantischer Problemfall erwiesen. Schon die erste Maschine wurde im Dezember 2014 mit vierjähriger Verspätung ausgeliefert; Ende 2017 hatte die Bundeswehr gerade einmal 15 Stück in ihren Beständen. Das bedeutet aber nicht, dass man sie auch nutzen kann. Technische Mängel aller Art führen immer noch dazu, dass zeitweise kein einziger »A400M« einsatzfähig ist. Als die Bundesregierung im September 2017 – man ist ja großzügig – einen Hilfstransport in die unwettergeplagte Karibik entsandte, blieb der »A400M« auf den Azoren liegen und musste selbst notversorgt werden. Bereits zuvor war das Verteidigungsministerium in einer internen Untersuchung zu dem ernüchternden Ergebnis gekommen, es sei »nicht absehbar, ob (!) beziehungsweise wann und wie viele einsatzreife Flugzeuge A400M (...) zur Verfügung stehen werden«. Und weiter hieß es: »Die operationelle Verwendbarkeit des Flugzeugs ist (...) gefähr-

det.« Die deutsch-französische Lufttransportstaffel im französischen Evreux wird wegen der eklatanten Probleme nun mit Lockheed-Martin-Maschinen des Typs »C-130J« ausgestattet. Dies übrigens auch deswegen, weil der »A400M« – groß und protzig, wie er nun mal ist – auf zahlreichen kleinen Flugplätzen in potentiellen Einsatzgebieten nicht landen kann.

Made in Germany

Kampfpanzer, Kampffjets, Drohnen, Truppentransporter – das sind nur einige der Gerätschaften, die die Bundeswehr zu beschaffen begonnen hat oder in absehbarer Zeit beschaffen will. Überall tritt dabei die Absicht zutage, europäische, am besten sogar deutsche, aber nur im Notfall US-amerikanische Produkte wie die »C-130J« zu kaufen. Für ein gewisses Aufsehen hat gesorgt, dass die Bundesregierung das Nachfolgemodell für das Sturmgewehr G36 ausdrücklich »ITAR-frei« haben will. ITAR – das sind die US-Vorschriften für den internationalen Waffenhandel (International Traffic in Arms Regulations), die festlegen, dass jeder Export eines mit US-Rüstungstechnologie hergestellten Produkts einer ausdrücklichen Genehmigung durch die US-Administration bedarf. »ITAR-frei« bedeutet demnach faktisch: frei von US-Rüstungstechnologie. Diese in den Ausschreibungsunterlagen fixierte Anforderung an das künftige deutsche Standardsturmgewehr läuft faktisch auf eine Vor-

entscheidung über den Hersteller hinaus: Lediglich Heckler & Koch baut mit seinem HK433 ein Sturmgewehr, das – so die Eigenangaben – als »100 Prozent made in Germany« bezeichnet werden kann. Starke Konkurrenten wie SIG Sauer aus Eckernförde oder ein Verbund aus Rheinmetall (Düsseldorf) und Steyr Mannlicher (Kleinraming/Österreich) verwenden teilweise US-Technologie. Tatsächlich berichtete der auf die Bundeswehr spezialisierte Journalist Thomas Wiegold in der vergangenen Woche, nachdem SIG Sauer sein Angebot für die G36-Nachfolge zurückgezogen habe, hätten Rheinmetall und Steyr Mannlicher sich gleich gar nicht erst beworben. Für die Zukunft gilt jedenfalls: Die Bundeswehr schießt deutsch.

Schiffe und U-Boote

Damit nicht der Eindruck entsteht, die Marine käme bei der milliardenschweren Aufrüstung zu kurz: Zu den aufwendigsten Beschaffungsprojekten der vergangenen Jahre und der Gegenwart zählen auch Kriegsschiffe. Da wären zunächst die neuen Fregatten der Reihe »F125« zu nennen, die gemeinsam von Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) und dem Bremer Schiffbauer Lürssen produziert werden. Im Januar ist die erste von ihnen nach längeren Testfahrten, bei denen zahlreiche gravierende Mängel festgestellt wurden, direkt zu umfangreichen Reparaturarbeiten zum Hersteller zurückbefördert worden. Bis das Schiff rund läuft, wird es wohl noch ein ganzes Weichen dauern. Dabei plant die Deutsche Marine schon längst ein Nachfolgemodell: das »Mehrzweckkampfschiff« »MKS 180«. Weshalb? Nun, die »F125« sind darauf spezialisiert, das zu tun, was zum Zeitpunkt ihrer Bestellung im Jahr 2007 als wahrscheinlichster Einsatzzweck deutscher Kriegsschiffe galt: Piraten und Schmuggler zu jagen oder aber Flüchtlingsboote abzufangen. Damit sind sie nicht für Konflikte mit kampfstarken Streitkräften von Großmächten optimiert, wie sie seit Beginn der Eskalation des Machtkampfs gegen Russland wieder auf die Tagesordnung geraten. Das »MKS 180« wird über breitere Fähigkeiten verfügen als die Fregatte »F125«, etwa über bessere Fähigkeiten, U-Boote aufzuspüren – U-Boote, über die Piraten im allgemeinen eher nicht, gegnerische Großmächte wie Russland aber durchaus verfügen. Angebote für den Bau des »MKS 180« mussten bis Ende Dezember abgegeben werden. Die Entscheidung, wer das Schiff herstellen darf, könnte in nicht allzu ferner Zukunft fallen.

Zusätzlich hat die Bundesregierung noch kurz vor der Bundestagswahl den Bau weiterer Kriegsschiffe in Auftrag gegeben: TKMS, Lürssen und German Naval Yards (Rendsburg) sollen gemeinsam fünf Korvetten produzieren. Die Schiffe, die ab 2022 ausgeliefert werden sollen, kosten laut aktuellem Stand knapp zwei Milliarden Euro. Wozu braucht man sie? Korvetten sind kleiner und weniger als etwa Fregatten. Sie sind ideal für Einsätze in Küstengewässern und Binnenmeeren – für Einsätze in der Ostsee zum Beispiel. Mit ihnen passt sich die Deutsche Marine also zielgenau an die neue Feindbestimmung des deutschen Establishments an.

Am Beispiel der Ostsee lässt sich zeigen, wie die Aufrüstung der Bundeswehr sich in den Ausbau der NATO-Strukturen integriert – denn die Ostsee gewinnt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für das gesamte Kriegsbandnis wieder stark an Bedeutung. Das gilt für das Gewässer selbst wie auch für die Anrainerstaaten. Etwaige Seekriege in der Ostsee würden, was die NATO betrifft, künftig taktisch von Rostock aus geführt. Im dortigen Marinekommando wird ein multinational besetzter Stab aufgebaut, der unter der Bezeichnung Baltic Maritime Component Command firmiert und ab 2023 bis zu 170 Soldaten umfassen soll. Dieses »Führungszentrum« werde man, teilt die Marine mit, »der NATO als taktisches Hauptquartier zur Verfügung (...) stellen«. Das nötige Know-how für etwaige Ostseekriege wird nicht zuletzt in Kiel erarbeitet, im dortigen Centre of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters der NATO (COE CSW), einer – so hieß es im vergangenen Herbst in dem Fachblatt *Marineforum* – »Ideenschmiede«, in der »Grundsätze und Verfahren für maritime Operationen in Randmeeren und Küstengewässern entwickelt werden«. Und um mit Blick auf künftige Waffengänge den Austausch mit den anderen westlichen Ostseeanrainern zu intensivieren, hat die Deutsche Marine die »Baltic

Commanders' Conference« etabliert, ein jährlich abgehaltenes Treffen der Marinebefehlshaber aller Ostseeländer außer Russland, das zum ersten Mal im Mai 2015 in Rostock durchgeführt wurde. Beteiligt sind die sieben Anrainerstaaten, die der NATO angehören, aber auch die beiden offiziell noch neutralen Staaten Schweden und Finnland. In der militärischen Praxis auf, in und an der Ostsee werden sie mit deutscher Hilfe faktisch in das Kriegsbandnis integriert.

Parallel zum Ausbau der Marinestrukturen in der Ostsee hat die NATO begonnen, in Polen und in den baltischen Staaten organisatorische Voraussetzungen für mögliche Land- und Luftkriege zu errichten. Im vergangenen Jahr hat sie dort ihre enhanced Forward Presence (eFP) etabliert – vier multinationale Bataillone, die in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert sind und dort möglichst eng mit einheimischen Truppen kooperieren. Das Bataillon im litauischen Rukla wird von der Bundeswehr geführt. Seinerseits ist es, wie die anderen drei eFP-Bataillone, dem Headquarters Multinational Division North-East (HQ MND-NE) im polnischen Elblag unterstellt, das im Juli 2017 offiziell eingeweiht wurde und 300 Soldaten aus 14 Staaten, darunter der Bundesrepublik, umfasst. Das HQ MND-NE wiederum ist dem Headquarters Multinational Corps North-East (HQ MNC-NE) im polnischen Szczecin untergeordnet, das mit seinen rund 400 Militärs von Deutschland, Polen und Dänemark geleitet wird. Das HQ MNC-NE ist zwar auf die Führung von Landstreitkräften spezialisiert, unterhält aber auch ein Koordinierungszentrum für Luftoperationen (Air Operations Coordination Centre). Darüber hinaus ist es seit Juni 2017 als Hauptquartier für High Readiness Forces zertifiziert. Als solches führt es gegebenenfalls die NATO-»Speerspitze«, die auf Beschluss des NATO-Gipfels im britischen Newport vom September 2014 unter deutscher Leitung aufgebaut wurde. Very High Readiness Joint Taskforce (VJTF), die rund 5.000 Soldaten umfasst und binnen 48 bis 72 Stunden an jedem beliebigen Ort intervenieren können soll – nicht zuletzt in Osteuropa. Damit das bei Bedarf reibungslos klappt, führt das HQ MNC-NE in Szczecin sechs Minihauptquartiere, die NATO Force Integration Units (NFUI) heißen, mit jeweils 40 Militärs besetzt und in der Lage sind, alle notwendigen einsatzvorbereitenden und -begleitenden Maßnahmen zu ergreifen. NFUIs gibt es heute in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn und der Slowakei.

Cyberwar

Für die NATO-Strukturen, in deren Rahmen die deutschen Mehrzweckkampfschiffe und Korvetten, die Kampfpanzer und die Drohnen, die futuristischen Kampffjets und die Truppentransporter Krieg führen können, ist gesorgt. Das gilt auch für einen Bereich, in dem die Bundeswehr seit vergangem Jahr aufrüstet: für den Cyberraum. Die deutsche Cybertruppe, die im April 2017 offiziell als eigene Teilstreitkraft aufgestellt wurde und bis 2021 auf 13.500 Soldaten plus 1.500 zivile Mitarbeiter anwachsen soll, hat sich im September 2017 erstmals an einem multinationalen Cyberkriegsmanöver beteiligt – an der Stabsübung »EU Cybrid 2017« in der estnischen Hauptstadt Tallinn. Dort hat das Centre of Excellence for Cooperative Cyber Defense der NATO (COE CCD) seinen Sitz, das als »Ideenschmiede« des Kriegsbandnisses für den Cyberkrieg fungiert; und wengleich »EU Cybrid 2017« eine Übung der Europäischen Union war und als solche darauf verweist, dass der Staatenbund die Militarisierung auch eigenständig vorantreibt, so stattete NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ihr dennoch einen Besuch ab. Dort, wo es gemeinsame Interessen gibt, ziehen NATO und EU selbstverständlich an einem Strang. Das ist zur Zeit überall dort der Fall, wo es gegen den großen Rivalen im Osten geht – gegen Russland.

■ Jörg Kronauer schrieb an dieser Stelle zuletzt in der Ausgabe vom 10./11. Februar 2018 über den wachsenden Einfluss Russlands und Irans.

■ Lesen Sie am Montag auf den/iw-Themeseiten:

Noche reloaded? Die neueste Literatur zur Novemberrevolution
Von Leo Schwarz